

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 131
Postfachkonto Nr. 5796
Schedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte 10 Pfennig oder
bei den Verträgen für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 209.

Herford, Montag, den 6. September 1920

38. Jahrgang.

Innerpolitisches.

Dunkel und trübe wie die allzufrühen Herbsttage, die wir jetzt erleben, liegt die Politik der nächsten Zeit vor uns. Was die angekündigten Konferenzen in Brüssel und Genf an neuen finanziellen Belastungen für das deutsche Volk bringen werden, weiß heute niemand. Nur soviel ist gewiß, daß die neuen Verpflichtungen zu allen bisherigen Gärten die Lage Deutschlands immer unerträglicher gestalten werden. Nach den Mitteilungen des Reichsaussenministers Simons sind die Vorarbeiten für beide Konferenzen mit den Gegnern bereits weit gefördert, man darf annehmen, daß nach den Erfahrungen von Spaag die Reichsregierung, der damals wirklich beim besten Willen keine Zeit zur Vorbereitung zur Verfügung stand, besser gerüstete Vertreter entsenden wird, als früher.

Aber auch in der inneren Politik sieht es herbstlich düster aus. Wallende Nebelschwaden verhüllen den freien Ausblick in die Entwicklung der nächsten Zeit. Die Unabhängige Sozialdemokratie steht offenbar vor einer Spaltung. Ein Teil der Mitglieder wird mit den Kommunisten zusammengehen und Anschluß an die „Dritte Moskauer Internationale“ suchen. Ein anderer Teil, wohl vermutlich der kleinere, wird notgedrungen seinen Frieden mit der Mehrheitssozialdemokratie machen. Dann fragt es sich, welche Haltung die Mehrheitssozialdemokratie einzunehmen gedenkt. Seit den Reichstagswahlen hat sie sich ängstlich von jeder Verantwortung zurückgezogen. Es scheint aber in letzter Zeit die Einsicht zuzunehmen, daß sich die stärkste Partei im Reich nicht dauernd von der Regierung und von der Verantwortung für die Weltentwicklung ausschließen kann. Der sozialdemokr. Abg. Heilmann, ein führender Kopf unter seinen Genossen, hat dieser Tage nach dem Bericht des „Vorwärts“ in einer Berliner Versammlung lebhaftest Anklagen gegen die Regierung gerichtet, die vollkommen versagt habe und dann angeführt: „Es ist notwendig, daß das deutsche Volk bald zu Neuwahlen aufgefordert wird, die hoffentlich so ausfallen werden, daß die Sozialdemokraten ihre Plätze in der Regierung wieder einnehmen können. Goffentlich wird unser Parteitag die Parole ausgeben, daß die Sozialdemokratie keinen Finger rühren darf, um die Regierung Fehrenbach-Simons im Amt zu halten, unsere Partei muß vielmehr alles tun, um diese Regierung zu stürzen.“ Aus diesen Worten geht ziemlich deutlich hervor, daß der sozialdemokratische Antikommunismus gegen die jetzige Regierung weniger sachlichen als taktischen Erwägungen entspricht. Man will offenbar nicht mit der Deutschen Volkspartei in einer Regierung zusammen sitzen, deshalb soll die jetzige Regierung erst gestürzt werden. Aber es mag fraglich bleiben, ob die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokraten so denkt wie Heilmann. Wenn wirklich ernsthaftes Aussehen auf Zusammenschluß der Partei mit dem rechten Flügel der Unabhängigen bestanden, oder wenn gar demnächst eine Einigung in dieser Richtung zustande käme, würden darüber vielleicht wieder starke Widerstände gegen die Uebernahme der Regierung entstehen. Jedenfalls liegt die Entwicklung im sozialdemokratischen Lager vorläufig noch recht unklar.

Auch in dem sogenannten bürgerlichen Parteilager fehlt es an Klarheit. Die Demokraten und die Deutschen Volksparteier sind nach hitzigen Wahlkämpfen in eine Regierungsgemeinschaft getreten, in die sie lediglich unter dem Druck der vaterländischen Not hineingedrängt wurden. Die Deutsche Volkspartei hat sich aber allem Anscheine nach noch nicht ganz in der Zwangslage zurecht finden können. Ihr rechter Flügel, der mehr auf Agitation als auf unbedingte Regierungsverantwortung eingestellt ist, kann die Unterschrift der Volksparteier unter das Abkommen von Spaag und manche anderen, inzwischen aufgetauchten Regierungsschwierigkeiten noch nicht verwinden. Gerüchte über drohende Spaltung in der Volkspartei, die nicht zur Ruhe kommen wollen, mögen übertrieben sein, aber sicherlich befindet sich die Partei gegenwärtig in wenig behaglicher Lage. Denkt man sich nun gar, daß Reichstagswahlen oder auch nur preussische Landtagswahlen vor der Tür stehen, so vermag niemand zu sagen, welche Haltung dann die Deutsche Volkspartei einnehmen wird. Ob sie, wie bei den letzten Reichstagswahlen, gegen die mit ihr in der Regierung sitzenden Demokraten kämpfen will? Aber die Deutsch-Nationalen zur Rechten würden ihr das diesmal gewiß nicht danken, sie würden vielmehr dafür sorgen, daß die „Regierungsfürsinnen“ der Deutschen Volkspartei, die ja dann die gleichen wie die demokratischen sein werden, mit allem Nachdruck der Definitivität bekanntgegeben werden. Oder wird eine Annäherung zwischen beiden Regierungsparteien erfolgen, die ja programmatisch weniger schwierig erscheint als taktisch? Vermutlich würde aber ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei kaum ohne Rückwirkung auf den

Das Neueste vom Tage.

Der ehemalige griechische König wird mit dem Attentat auf Venizelos in Verbindung gebracht; in Athen verlautet, daß man von der Schweiz seine Auslieferung verlangen werde.

Ein Generalstreik der Thüringer Mühlenarbeiter hat fast alle Mühlen stillgelegt.

Der finnische Delegierte wurde aus Paris mit 24 Stunden Frist ausgewiesen.

Der holländische Kriegsminister beantragte eine Erhöhung des Kriegsetats um 9-10 Mill. Gulden.

Die litauische Regierung wird in der nächsten Zeit nach Wilna verlegt werden.

Auf ostpreussisches Gebiet sind bisher übergetreten 2800 Polen und 44 671 Russen.

Mit Ausnahme der Daimler-Werke wird die Arbeit in Stuttgart heute allgemein wieder aufgenommen werden.

Die italienische und die jugoslawische Regierung haben der Wiener Regierung eine Auslieferungsliste von Kriegsbeschuldigten überreicht.

Vom Reichsgericht ist das Verfahren gegen Fehr, von Falkenhausen, Traub, Reisch und Wedderick eingestellt worden, gegen den Regierungspräsidenten von Jagow schwebt es noch.

In Beirut proklamierte der französische General Gourand einen Staat „Großlibanon“.

Zur Bekämpfung der Typhusepidemie in Polen forderte Balfour vom Völkerbund einen Kredit von 250 000 Pfund Sterling.

Die serbische Kammer setzte in zweiter Lesung die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung auf den 28. November fest.

In Saragossa ist die Lage durch verschiedene Terrorversuche sehr ernst. Der Generalstreik steht bevor.

Lloyd George ist gestern morgen aus der Schweiz zurückgefahren.

Ostlich von Brussa fügten griechische Truppen angreifenden Feinden empfindliche Verluste zu.

Der Oberbürgermeister von New York setzte sich bei Lloyd George für den gefangenen Bürgermeister von Cort ein und forderte dessen Freilassung.

Nach den Zusammenstößen der letzten Tage ist nunmehr in Frankfurt völlige Ruhe wieder eingekehrt.

Ein amerikanischer Dampfer trat als erster von Bremen die direkte Heimreise nach New York an.

Nach New Yorker Meldungen ist die französische Anleihe von 100 Millionen Dollar zum Abschluß gekommen.

Der parlamentarische Beirat hat den Entwürfen der 2. und 3. Ausführungsbestimmung zum Entwaffnungsgesetz zugestimmt.

linken Flügel der einen wie auf den rechten der anderen bleiben.

Die Haltung des Zentrums wird sich zweifellos allen Kombinationen anschmiegen. Die fabelhafte Anpassungsfähigkeit dieser Partei hat sich jetzt auch im neuen Reichstag wieder gezeigt. Die Loslösung von den mehrheitssozialistischen Regierungsgenossen hat sich mehr als schmerzlos vollzogen und die neue Haltung in der Mitte zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei ist unter Fehrenbachs Kanzlerschaft so geschicklich durchgeführt worden, daß spätere Änderungen, sei es nach links, sei es nach rechts, dem Zentrum keinerlei Schwierigkeiten bereiten dürften, selbst wenn Herr Erzberger nicht deutscher Botschafter werden, sondern als einflussreicher Abgeordneter seinen Führerplatz im Parlament wieder einnehmen sollte. Klar und bestimmt ist nur die Haltung der beiden Oppositionsparteien, der Deutschnationalen Volkspartei auf der Rechten und der Unabhängigen auf der Linken. Sie haben beide aber auch wirklich leicht mit ihrer Verneinungspolitik in jeden Preis. Niemand wird sie deshalb beneiden. Wer in dieser furchtbaren Notlage nichts anderes als seine Parteiinteressen wahrnehmen zu müssen glaubt, wer der Ueberzeugung lebt, daß alles erst zusammenstürzen muß, ehe es

besser werden kann, wer das Verantwortungsgefühl für die vaterländischen Geschicke so ganz vermissen läßt, der kann wohl Augenblickserfolge bei den verärgerten Massen davontragen, aber nimmermehr dauernd mit seiner Alles- oder Nichtspolitik Einfluß ausüben.

Erledigung des Zwischenfalls.

Kein Sühnebesuch des Reichskanzlers.

Der deutsch-französische Konflikt wegen der Vorfälle in Breslau ist rascher erledigt worden als man zuerst befürchten mußte. Die Franzosen haben nicht darauf bestanden, daß der deutsche Reichskanzler Fehrenbach den Sühneweg nach der französischen Botschaft ausführe, und sie haben auch davon Abstand genommen, den Hauptmann von Arnim diszipliniert zu sehen. Das französische Nachgeben in diesen beiden Kardinalpunkten stellt zweifellos einen Erfolg des Außenministers Dr. Simons dar, der in den Verhandlungen mit dem französischen Botschafter Laurent es zweifellos verstanden hat, diesem einen Einblick in den deutschen Seelenzustand zu verschaffen. Selbst das französische offizielle Organ der „Temps“ gesteht hierzu, daß die Vorgänge in Breslau in gewissem Sinne erklärlich gewesen seien. Auch wenn man daraus noch nicht schließen darf, daß sich Paris nicht länger der Einsicht verschließt, daß die Haltung der Franzosen in Oberschlesien Erbitterung hervorrufen mußte, so wird man doch mit Befriedigung feststellen müssen, daß das schlimmste gegenseitige Mißtrauen geschwunden ist. Der Sühnebesuch durch Dr. Simons ist gewiß empfindlich, aber da dem Außenminister der Verkehr mit den Botschaften obliegt, ist er doch ganz anders zu werten, als ein gleicher Gang des Reichskanzlers. Der Hauptmann der Reichswehr, v. Arnim, hat seinen Fall geschickt mit aus der Welt schaffen helfen, indem er selber den Antrag auf Verlegung stellte.

Es wäre allerdings falsch aus der verhältnismäßig schnellen Erledigung des Zwischenfalls nun etwa zu schließen, daß die Erfüllung der Sühnebedingungen für Deutschland eine Kleinigkeit seien. Die Zeremonien in Breslau und Berlin sind in ihrer internationalen Wirkung erhebliche Ruhen, die das Deutsche Reich aufzuwenden hat, um den Schaden wieder zu reparieren. Es ist sehr bemerkenswert, daß nach einer Mitteilung des Abg. Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages auch die Deutschnationalen anerkannt haben, daß man sich den französischen Forderungen kaum werde entziehen können. So selbstverständlich die Einsicht ist, daß das internationale Leben auf bestimmten Formen besteht, so hat doch die rechtsstehende Presse diese Einsicht in einem Grade vermissen lassen, der alles andere als eine Mahnung an das deutsch-nationale Publikum war. Ausschreitungen unter allen Umständen zu verhüten. Es wäre wirklich an der Zeit, wenn die parlamentarischen Führer der Rechten ihre Einsicht nunmehr auch in die praktische Tat umsetzen wollten und strenge Vermahnungen an ihre Anhänger erließen.

Eine Folge der Breslauer Vorgänge ist auch der stille Abschied für den Polizeipräsidenten Eugen Ernst gewesen. Herr Ernst ist sicher einer der schärfsten Gegner nationalsozialistischer Untaten. Als er noch der Vorsitzende der alten geeinten Groß-Berliner Sozialdemokratie war, haben unter seiner Leitung oft gegen gewaltige Rundgebungen gegen die Völlerhebung stattgefunden. Aber er trug formell die Verantwortung für den ungenügenden polizeilichen Schutz, der den Sturm auf das französische und polnische Konsulat ermöglichte. Es ist auch nicht ganz sicher, ob sich Herr Ernst der internationalen Tragweite der Breslauer Vorfälle sofort bewußt gewesen ist. Jedenfalls wird man künftig bei der Befetzung wichtiger Beamtenstellen auch darauf zu achten haben, daß ihren Inhabern ein sicherer politischer Blick eigen ist. Auch der gehört zur Tüchtigkeit, die allein für die Befetzung von Beamtenposten ausschlaggebend sein muß.

Die Lehren von Breslau sind für die deutschen Parteien also recht mannigfaltig. Das ganze deutsche Volk aber wird hoffentlich aus ihnen lernen, daß eine Politik ruhiger Entschlossenheit und fähiger Zurückhaltung nicht nur die würdevollste, sondern auch in nationaler Beziehung die vorteilhafteste ist.

mtb. Berlin, 5. Sept. Aus Anlaß der französischen Forderungen, daß bei der Wiedereröffnung des französischen Konsulats in Breslau eine militärische Ehrenbegehung stattzufinden habe, wird eine halbamtliche Erklärung an Reichswehr und Bevölkerung gerichtet, in der es heißt: Die Regierung vertraue auf den Gehorham und das Pflichtbewußtsein der Truppen, die auf Grund ihres Eides verpflichtet sei, die Befehle der Regierung auszuführen. Es sei Pflicht der Bevölkerung, der Truppe nach besten Kräften die Erfüllung einer Aufgabe zu erleichtern, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nehmen wolle.

10th. Berlin, 5. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und der preussische Minister des Innern Dr. Severing suchten heute mittag den französischen Botschafter auf. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes:

In der Note vom 30. August haben Eure Excellenz der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalles herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Kundgebungen und Angriffen gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Eure Excellenz betont, daß die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung eine Atmosphäre der Beruhigung und der arbeitsfriedlichen Beziehungen zu unterhalten wünsche. Denselben Wunsch hegt die deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das entschiedenste diese Vorkommnisse, die die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklären, aber nicht rechtfertigen können. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind und wird die in der Note vom 30. August geforderten Genugtuungen gewähren.

Der französische Botschafter erwiderte: Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Eurer Excellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich solche Zwischenfälle nicht wiederholen und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.

Sobald machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die preussische Regierung in Gewährung der französischen Forderungen getroffenen und eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Rücktritt der engl. Kommissare in Oberschlesien.

Die drei englischen Kontrollkommissare der oberschlesischen Kreise Larnowitz, Neutreff und Beuthen haben ihre Entlassung nachgesucht. Zuerst ist die Entlassung bereits gewährt worden, es wird wohl kaum lange dauern, bis auch der dritte aus seinem Amte scheidet. Man verrät gewiß kein Geheimnis, wenn man sagt, daß der Grund zu der Amtsniederlegung dieser Herren, denen es gelungen war, sich das Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben, daran liegt, daß sie mit ihren Namen nicht die von den Franzosen verübten Übergriffe und Vertrauensbrüche in Oberschlesien decken wollen. Wer die erledigten Posten nun einnehmen wird, steht noch dahin, es ist aber kaum anzunehmen, daß sich Italiener nach den Erfahrungen der Engländer dazu bereit finden werden, während sich Franzosen und französische Elemente im Verfolg ihrer Politik sich gewiß mit allen Mitteln dazu drängen. Damit würde aber auch das letzte Bollwerk, das nach dem Friedensvertrag und damit die Rechte der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien gesichert sein. Oberschlesien wäre rettungslos den Polen und ihren guten Freunden ausgeliefert. Es ist höchste Zeit, daß die deutsche Regierung ihrer immer noch ohne Antwort gebliebenen Note einen energiegelassen Druck folgen läßt.

An sonstigen Meldungen verzeichnen wir hier folgende:

Deutsche Weisbücher.

10th. Berlin, 5. Sept. (Antik). Die Regierung wird drei Weisbücher über Oberschlesien herausgeben. Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Russländern verübten Gewalttaten und Verbrechen enthalten. Das zweite wird Beweise dafür enthalten, daß ein Teil der in Oberschlesien verwandten interalliierten Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Russländer einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Banden Partei genommen worden ist. Das dritte Weisbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnische Seite für die Organisation des Aufstandes getroffen wurden. Das Weisbuch wird sich im wesentlichen auf polnische Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerschrockener deutscher Zollbeamten und durch die Wachsamkeit der Grenzüberwachenden Agenten Konstantin abgenommen worden ist.

Deutscher Protest gegen die polnischen Gemeinheiten.

10th. Berlin, 5. Sept. (Antik). Die Reichsregierung hat eine Anzahl einwandfrei festgestellter besonders empörender Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Kenntnis des Präsidenten der Friedenskonferenz gebracht und ihm hierbei nachstehende Note überreichen lassen:

Die Nachrichten über Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien mehrten sich. Der deutschen Bevölkerung im Abstammungsgebiet, wie im übrigen Reich hat sich infolge dessen steigende Erregung bemächtigt, die eine Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit nicht aufkommen läßt, vielmehr zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen aufreizt. Aus der Fülle der ihr vorliegenden Meldungen sind einige

besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, deren Ergänzung vorbehalten bleibt. Die deutsche Regierung ist es dem deutschen Volke schuldig, Klarheit über den tatsächlichen Sachverhalt herbeizuführen und das nötige zu tun, damit Abhilfe eintritt. Nach den Abmachungen von Paris ist sie nicht in der Lage, durch ihre eigenen Organe in dem von der interalliierten Kommission verwalteten Gebiete Feststellungen vornehmen zu lassen. Durch private Beauftragte kann dieses nicht geschehen. Würden aber die Erhebungen der interalliierten Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch anerkannt werde. Der erstrebte Zweck wird nur zu erreichen sein, wenn eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die Aufgabe übernimmt. Die deutsche Regierung beehrt sich daher vorzuschlagen, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu bildende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit der Feststellung des Sachverhaltes zu betrauen. Sie hofft, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen allein eine dem Sinne und dem Wortlaut der Verträge entsprechende Abstimmung erfolgen kann. Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau sowie der päpstliche Stuhl werden von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt.

Die polnische Deutschenverfolgung.

10th. Marienwerder, 4. Sept. An den Graudenz Anschlagfällen sieht man Anschläge in polnischer Sprache, auf denen die Namen von 39 Deutschen, die wegen angeblichen Verrates militärischer Geheimnisse hingerichtet wurden, verzeichnet sind. Der als Führer der deutschen Arbeitsgemeinschaft in Graudenz bekannte Rechtsanwalt Partikel ist wieder mit verschiedenen anderen Deutschen in strenger Haft. Als Grund wird angegeben, daß Partikel mit den Volkswirten in Fälschung stand und danach strebte, falls die Russen Graudenz besetzen sollten, Bürgermeister dieser Stadt zu werden.

Die Neuen Westpreussischen Mitteilungen berichten zu der bereits gebrachten Meldung über die Hinrichtung des Studenten Frey Baeder folgendes: Der Student Frey Baeder begab sich vor einiger Zeit zum Besuche seiner Eltern nach Graudenz. Vor seiner Abreise übergab ihm einer seiner Freunde einen Brief mit der Bitte, denselben der deutschen Polizeiverwaltung zur Weiterbeförderung zu übergeben. Baeder nahm den Brief an sich, ohne sich von dessen Inhalt überzeugen zu haben. Beim Ueberschreiten der Grenze wurde Baeder von polnischen Kontrollbeamten einer eingehenden Untersuchung unterzogen, wobei man den Brief fand. Baeder wurde für verhaftet erklärt und dann nach Graudenz zurückgebracht und dem Militärgericht wegen Spionageverdacht zugeführt.

Schwierigkeiten der Sowjet-Regierung.

Vor dem Waffenstillstand.

Daily Mail erfährt über Selbstmorde aus Moskau, daß die Sowjetregierung mit Verurteilung die nicht mehr zu leugnende Verletzung innerhalb der bolschewistischen Armee wahrnehme. Es bestätigt sich, daß sich die Beziehungen zwischen den an der Front wirkenden politischen Kommissaren und den die Truppen führenden ehemaligen zaristischen Offizieren ständig verschärfen. Der Moskauer Große Rat hat seit Anfang August 18 Militärs, die in der Armee den Rang eines Generals oder Obersten einnahmen, wegen antisowjetischer Betätigung ihrer Posten entbunden. Infolge der Rückschlüsse an der Front hat in Moskau, Petersburg, insbesondere aber in den ländlichen Distrikten im Innern Russlands eine neue antisowjetische Bewegung eingekeimt. Die Sowjetregierung hat ihre richtungslose Unterdrückung angekündigt. Die revolutionären Volksgerichte in Petersburg und Moskau haben im August 460 Todesurteile und über 3000 Kerkerstrafen wegen antisowjetischer Kundgebungen ausgesprochen.

Am 4. 8. brach in der Stadt Masma in der dortigen Artilleriefabrik Feuer aus. Es entstand infolge von Nachlässigkeit von diensthabenden Personen, die verdächtig waren, im Solde der Entente zu stehen. Die sofortige Untersuchung stellte bei 136 Personen Mitschuld fest, darunter bei einer großen Anzahl Gruppenführern. Das revolutionäre Kriegstribunal verurteilte 12 Mann, darunter den Führer einer besonderen Abteilung, die Kampagnenführer und den Wachhabenden zum Tode durch Erschießen, 14 Personen, darunter den Bataillonskommandeur und den Befehlshaber der Garnison zu 15 Jahren Zuchthausarbeit, die anderen Schuldigen zu kurzfristiger Zuchthausarbeit. 48 Personen wurden freigesprochen. — 10th.

In der Umgebung von Petersburg sind große Wald- und Dorfbrände ausgebrochen. Zur Löschung des Feuers sind alle Bauern Arbeiter und örtlichen Feuerwehren herangezogen worden. — 10th.

Adjutants Rückzug gelungen.

10th. Kowno, 6. Sept. (Fig. Draht). Einer Nachricht zufolge ist es dem Heere Adjutants gelungen, ohne allzu große Verluste sich in Sicherheit zu bringen. Bei Kowno ziehen sich die Polen zurück.

Der Vormarsch des polnischen Heeres begrenzt.

10th. Kowno, 6. Sept. (Fig. Draht). Wie hier verlautet, wird das polnische Heer seinen Vormarsch einstellen, wenn es 10 bis 15 Kilometer jenseits der Grenze ist. Die Alliierten haben sich damit einverstanden erklärt, daß Polen so weit vorrückt.

Die Friedenskonferenz.

10th. Warschau, 6. Sept. (Fig. Draht). Am Donnerstag dürfte der polnische Minister des Äußeren sich zur Eröffnung der Friedensverhandlungen nach Riga begeben.

Kapitalismus in Sowjetrussland.

Moskau, 4. Sept. Hier ist ein Volkskommissariat für auswärtigen Handel gebildet worden, als einziges technisches Vollzugsorgan für die Einfuhr und Ausfuhr. Es soll nach einer amtlichen Kundgebung bei Erfüllung seiner Aufgaben das Alte mit dem Neuen, das Kommissariat mit dem Kapitalistischen ausgleichen. Das neue Volkskommissariat ist auch das einzig verteilende Organ. Alle aus dem Auslande eintreffenden Waren werden von ihm an die zuständigen Wirtschaftszentren weitergeleitet. Es kauft die verschiedenen Waren auf und verkauft sie weiter; außerdem tritt es mit Handelsgesellschaften in Verbindung, welche ausschließlich kapitalistische Ziele verfolgen, um mit ihnen Beziehungen anzuknüpfen.

Posen gegen Warschau.

Aufstand gegen Kongresspolen.

Es war längst bekannt, daß zwischen den Polen im ehemals deutschen Gebiet und den Wachsen in Warschau tiefgehende Gegensätze bestehen. Veranlassung zu der Zuspitzung der Verhältnisse ist die Frage des Verhältnisses zu Deutschland. In Posen führt Dowski, ein fanatischer Deutschenhaßer, angeblich das Wort. Zwar verfolgt er das Ziel, die früheren deutschen Teile zu einem selbständigen Staat unter der Oberhoheit Warschaws zu gestalten, aber es steht fest, daß dadurch der Druck, den unsere deutschen Brüder zu erleiden haben, ganz erheblich verstärkt würde.

Die uns vorliegenden Nachrichten lauten:

10th. Danzig, 5. Sept. Wie der Danziger Zeitung aus Graudenz berichtet wird, wurde gestern morgen gegen 7 Uhr der Bahnhof und sämtliche öffentlichen Gebäude der Stadt Graudenz von kommunistischen Truppen besetzt und die Kongresspolen gewaltsam entfernt. Gegen 10 Uhr wurden die eingebrungenen Truppen von einer kongresspolnischen Schwadron überrollt und entwaffnet. Etwa 300 bis 400 Mann kommunistischer Truppen wurden von den Kongresspolen verhaftet. Wie gerüchelt wird, werden auch in Posen 8000 Mann Truppen erwartet, um Graudenz und sämtliche ehemals preussische Gebiete von den Kongresspolen zu säubern.

10th. Berlin, 5. Sept. Zu der Meldung über Zusammenstöße kommunistischer und kongresspolnischer Truppen in Graudenz bemerkt die Volkszeitung: Die in Posen maßgebende nationaldemokratische Richtung wirft der Regierung Dowski vor, daß sie eine Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland zu vermeiden wünsche. Die Autonomiebestrebungen der Posener Polen bedeuten also unter keinen Umständen eine Erleichterung des schweren Drucks, den die Deutschen in den abgetretenen Gebieten zu erleiden haben.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

6. September.

Protestkundgebung der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen uhm. Ortsgruppe Herford hatte seine Mitglieder zu gestern vormittag zu einer großen Protestkundgebung gegen das neue

Reichsverordnungsgefeß

eingeladen. Gegen 10 Uhr war der Saal bei Delfus schon überfüllt, auch die Untergruppen Bünde Enger und Spengere hatten ihre Mitglieder entsandt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe erläuterte in kurzen Worten den Zweck der Kundgebung. Im ganzen Reich protestierten in der Woche vom 5. bis 12. September die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen uhm. gegen das ungenügende Versorgungsgefeß. Nähere Ausführungen werde der Kamerad Schmitt-Bielefeld später auf dem Rathausplatz machen. Herr Schmidt-Bielefeld betonte dann nochmals ausdrücklich das Ziel der Veranstaltung und warnte davor, diese von irgendwelchen Elementen zu anderen Zwecken mißbrauchen zu lassen, wie das leider früher schon geschehen sei.

Nun wurde auf der Salzstrasse der

Demonstrationszug

formiert. Voraus kamen die Kriegervaisen mit einer

Im Schillingshof.

32) Roman von E. Marlitt.

Dona Mercedes war auf der Schwelle stehen geblieben. „Was tust du hier, Lucile?“ fragte sie unwillig erstaunt. „Mein Gott, ich amüsiere mich — hast du etwas dagegen?“ erwiderte die kleine Frau spitz, wobei sie sich bückte, um ein Album aufzunehmen, das im Bereich der Ueberbänkung auf dem Boden lag.

Sie hatte das Album aufgeschlagen und wuschte mit dem Taschentuch das eingetragene Wasser von den Blättern.

„Fatal — da ist eine ganze Ecke von der getuschelten Landschaft weggelassen, die dieser Pirat! Ich konnte ihn mit meinen eigenen Händen erwürgen für diese Tölpel! Was nun machen?“ — Sie zuckte halb ärgerlich, halb lachend die Achseln. — „Ach was, dein hübschblütiger Germane“ ist ja mein Freund, mein guter alter Freund noch aus der himmlischen Zeit, wo ich das verhängnisvolle Kind in Mamas Salon war und noch nichts von Baumwollensachen und dergleichen wußte. Er wird nicht brummen, daß ich in seiner Bärenhöhle ein wenig gekramt habe, diemal er nicht dagesehen ist.“

Mit diesen Worten klappte sie das Buch zusammen und huschte in den anstehenden Raum.

Vorhin hatte es ausgesehen, als wolle die Dame auf der Schwelle unmutig in den Garten zurückkehren; jetzt aber blieb sie wie festgebannt stehen und sah in das Atelier hinein, das durch eine Glaswand von dem Wintergarten getrennt war. Ein grüner Samtbord, auf beiden Seiten zur Hälfte zurückgezogen, hing drüben hinter den Scheiben und rahmte das farbenreiche Gemälde der eigenartigen Einrichtung dunkel ein. Das Atelier war von bezaubernder Höhe. Oben an der gegenüberliegenden Wand lief eine Galerie hin — eine Türöffnung, halb geschlossen durch eine schwere, buntfarbige, in Ringen laufende Gobelingardine, mündete auf diese Galerie, die in der nordwestlichen Ecke in eine schmale,

schöngezeichnete Wendeltreppe ausstieg. Ueber das braune Holzgeländer stieß nachlässig hingeworfen, ein gewirkter Teppich von altgriechischem Muster — er prägte, einen wahren Farbenregen unter dem schräg herabfallenden Oberlicht, das ringsum, hier aus dem polierten Garmisch einer aufgebauten Mittelstütze, dort aus altgriechischen Metallspiegeln, aus venezianischen Glasgefäßen glühende Reflexe lockte. Es war ein schillernd chaotisches Durcheinander, das emsige Sammelhände hier aufgeschlüsselt hatten. Zwischen den hingenlehten, bemalten Holzflügeln eines uralten Altarschreines, den Bruchstücken eines feimodellierten ehemaligen Stadtbrennengitters, auf dem Boden lagernde Riesentafeln unter den Füßen, erhoben sich prächtige Statuetten moderner Künste. Schränke und Kredenzen von kostbarer Schnitzarbeit stiegen an den Wänden empor, — ausgeputztes Geoböl, schneeweiße Stoffe und Flamingos mit rosenfarbenen Gefieder leuchteten aus dem Halbdunkel der Winkel, oder sie standen fleißig auf hingeworfenen Säulenkapitälern aus Theben, neben feineren Spinnweben und Resten von Fragmenten. Aus dieser Zusammenhäufung des kostbaren Materials sprach aber doch harmonisch in Formen und Farben, mächtig fesselnd der Gedanke des Künstlers.

Dona Mercedes war ihrer Schwägerin unwillkürlich bis unter die Hüftberührende schmale Glasküre nachgegangen.

Die kleine Frau bemühte sich eben, das Album mit seinen verdorrten Blättern geschickt unter den Mappen, Schriften und den Büchern eines Tisches zu verbergen. „Nun, was sagst du zu der Bärenhöhle?“ fragte sie über die Schulter zurück. „Daß sich mein Freund nicht famos eingerichtet?“

„Ja, mit dem Gelde seiner Frau“, sagte Dona Mercedes und trat mit einer nachlässig gleichgültigen Gebärde vor die Staffelei, welche die Rückseite schräg dem Glashaufe zugehend, inmitten des Ateliers stand.

Aber sie schloß erschrocken die Lippen, auf denen offenbar noch eine scharfe Bemerkung geschwebt hatte, und fuhr unwillkürlich zurück — vielleicht wählte sie auch in der ersten Ueberdrückung, der herbeiströmende, fadenschein überlute ihr das eigene Haupt, wie er die hinter Buchwerk gekleidete Frauengruppe graumal verriet. Dort aus dem Palaste — sie hatten wohl vor Minuten noch, als

dem Schläfe aufgeschreckt, angstvoll seine Säle durchirrte — stürzte der Mord den vier Frauen nach. Das schändliche Alledunkel, die Nacht zwischen den hohen Türgewänden hatten sich als trennlos erwiesen, und an der kleinen Mauerklappe heimwärts fehlte der Schlüssel. Eine der Frauen, ein starkes Weib und offenbar die Dienerin, hatte sich niedergebückt, und die Fingerringel drückten in die Türfluge krallend, verurteilte sie in wider Todesnot das feste, essenbelagene Boshengestirn aus Schloß und Angel zu reißen. Sie juchzte, wie die in die Knie gesunkene schöne, junge Frau, die wohl weniger für sich, als für das Kind in ihren Armen um Schonung zu flehen sich anschickte, bedeckte noch mitleidige halbe Dämmerung; die zwei Gestalten im Mittelgrunde dagegen wurden völlig überhäuftet von dem roten Lichte, das der erste aus der Allee stützende Fackelträger vor sich herwarf. Während sterben wollte sie, die Eugenetin, die Gebieterin des altfranzösischen Herrenschlosses dort, die Dame mit dem schneeweißen Haar, über das sie flüchtend einen schwarzen Schleier geworfen hatte. Sie wußte, daß die fanatisierten Bluthunde der Königin keines der Leben verschoren würden, die in die letzten Schutzwinkel atmeten — kein Blick fiel mehr auf den todesgeweihten Entel an der Brust seiner Mutter, wohl aber zog sie einen Teil ihres Schleierns herab und warf ihn über die schöne, nackte Brust des jungen Mädchens im leinen Nachtwand, das Schutzhüter sich an die hohe Matronegestalt schmiegte und mit entsetzten Augen nach den Verfolgern zurückstarrte — der frohe Spottblick der Langohe sollte ihr liebste Kind, die Wonne ihrer Augen, die süße letzte Blume eines sterbenden Geschlechtes nicht entweichen, bevor der Tod kam ...

„Nun, von dem Wilde könnte man schrecklich träumen!“ rief Lucile noch einer augenblicklich eingetretenen tiefen Stille vom Tisch herüber — ihre helle Stimme klang unangenehm aufschreckend in den Zaubern hinein, den ein künstlerischer Gedanke dämonisch patend hier ausströmte. — „Ich habe mich schon vorhin deshalb aus dem Stube gemacht und die Alben, die ich durchblättern wollte, eines nach dem anderen, lieber ins Glashaufe geschleppt ... Es ist ein fruchtbares Leben in dem Wilde — grauenhaft sag ich dir! Und mit dem „Hilfsbuch“ des Malers ist's nichts, Dame Mercedes — da irrst du dich gründlich.“ — (Fortf. folgt).

entz.
verlautet, wird
es 10 bis 15
ben sich damit

nerstag dürfte
ung der Freie

t für auswär.
Vollzugsorgan
ntlichen Rund-
den Neuen,
leichen". Das
rgan. Alle
n ihm an die
st die verschie-
n tritt es mit
gliche kapitali-
gutsnützen.

u.

n im ehemals
stehende Ge-
erhältnisse
n Rosen führt
ich das Wort.
teile zu einem
s zu gestalten.
deutschen Bri-
de.

ng aus Graub-
hr der Bahn-
Grandenz von
len gewaltfam
ruppen von
nd entworfen.
urden von den
werden auf
und sämtliche
n äußern.
Zusammenfö-
Graudenz be-
ende national-
vor, daß sie
zu vermeiden
sollen bedeuten
des schweren
ebieten zu er-

tsberg.

161.

ntember.

idigten.

Kriegshinter-
Mitglieder
tftundgebung

Delius schon
und Spenge
de der Orts-
f der Rund-
Woche vom
Kriegshinter-
regungsge-
m i d t-Vie-
err Schmidt-
das Ziel der
dendenden
a u e n z u
n sei.

mit einer

rt — führte
leedunkel, die
treulos erwie-
der Schlüssel.
dienerin, hatte
die Türge-
senbeschlagene
s sowohl, wie
zu stehen sich
die zwei Ge-
erschüttelt von
der Fackelträger
ugenottin, die
ne Dame mit
den schwarzen
stierten Hut-
den, in die
mehr auf den
wohl aber zog
er die schone,
gewande, das
legte und mit
— der freche
Woche ihrer
gtes nicht ent-

ament" rief
ülle vom Tisch
schreckend im
nisch packend
hab aus dem
mohte, eines
Es ist ein
ich dirl. Und
Mercedes —
orff, folgt).

Zusatz: „Wo bleiben unsere Väter?“, dann die Kriegsblin-
den, Bein- und Armpfutzten, weiter die sonst irgendwie
Beschädigten, die Kriegshinterbliebenen und ehemaligen
Kriegsgefangenen. Im Zuge wurden noch verschiedene Pla-
kate mitgetragen, die teils die einzelnen Gruppen bezeich-
neten, teils Protestinschriften, wie „Nicht Dank, sondern
Recht!“ aufwiesen. Insgesamt mochten an dem Demon-
strationszug, der sich nun langsam über den Wall und die
Friedrichstraße, Schrenberg nach dem Rathausplatz be-
wegte, wohl an 600 Personen, darunter sehr viele Krieger-
witwen, teilnehmen.

Von der Rathausstiege herab setzte dann Herr
Schmidt-Bielefeld, ein Beinamputierter, der Versamm-
lung in längerer Rede auseinander, gegen was sich der
Protest richtete. Das von der Nationalversammlung am 28.
April verabschiedete Reichsverorgungsgezet bringe zwar
in verschiedenen Punkten gegen den bisherigen Zustand
Verbesserungen, ein erheblicher Teil der Kriegsbeschädigten
werde aber auch nach dem neuen Gesetz schlechter gestellt.
Namentlich schaffe das Gesetz durch die Gewährung einer
sogenannten Ausgleichszulage, die ungelerten Arbeiter
und deren Hinterbliebenen nicht zu gute komme, neue Un-
zufriedenheit. Dies sei

Rückkehr zum Klassensystem.

Weiter sei eine Kürzung der verschiedenen Renten insofern
vorgesehen, als ein Zehntel der Versorgungsbeträge
dann rühe, wenn die Versorgungsberechtigten ein steuer-
bares Arbeitseinkommen von mehr als 5000 M. hätten.
Set ein steuerbares Einkommen von mehr als 14 000 M.
vorhanden, so werde überhaupt keine Rente mehr bezahlt.
Angesichts der herrschenden Teuerung müßten diese Grenzen
einmal als viel zu niedrig angesehen werden, zum andern
nähmen diese Bestimmungen den Versorgungsberechtigten
jede Lust und Liebe zur Mitarbeit am Wiederaufbau. Un-
haltbar sei auch der Zustand, daß Kriegserfahrene einen An-
spruch auf Altersrente nur dann haben, wenn sie mit einem
geringeren Einkommen als 15 000 M. jährlich veranlagt
sind. Mit größtem Nachdruck müsse daher verlangt werden,
daß die nachteiligen

Bestimmungen des Versorgungsgesetzes beseitigt

würden. Abgeordnete, Parteien, das ganze Volk, für das
doch die Opfer gebracht seien, müßten sich dafür einsetzen,
daß das in der Nationalversammlung durchgesetzte Gesetz
vom Reichstag revidiert werde und da die Kriegshinterblie-
benen Opfer für die Gesamtheit gebracht hätten, so müsse es
jetzt Pflicht des Volkes sein, Opfer für die Beschädigten und
Kriegshinterbliebenen auf sich zu nehmen.

Zum Schluß seiner Ausführungen legte der Redner der
Versammlung folgende

Entscheidung

„Die in Gersford i. Westf. am 5. September 1920
zahlreich versammelten Kriegsbeschädigten, Hinterblie-
benen und Kriegsgefangenen fordern von der Reichs-
regierung volle Erfüllung der vom Reichsbundesvor-
stand eingereichten Forderungen nach Umgestaltung
des Reichsverorgungsgesetzes und Steuerbefreiung der
Kriegsgefangenen.“
Nachdem die Versammlung diese Resolution einstimmig
angenommen, löste sie sich in voller Ordnung gegen 12 1/2
Uhr mittags auf.

— Das Wetter am Dienstag: Ziemlich kühl, durch-
weg trübe, zeitweise aufklarend, lebhaft östliche Winde;
Temperatur wenig verändert; meist überall trocken.

b. Organisation und Aufgaben des Deutschen Beamten-
bundes. Im Vereinshausaal sprach gestern
abend vor einer leider nicht allzu großen Beamtenver-
sammlung der Verbandsdirektor des Deutschen Beamten-
bundes Remers-Verlin. Er verstand es mit großem
Geschick, seinen Hörern die an sich ja trockenen Orga-
nisationsfragen recht fesselnd zu gestalten. Der gut ange-
legte Vortrag, den Herr Remers hielt, war in jeder Be-
ziehung erschöpfend und aufklärend. Zunächst tat er einen
Rückblick in die Geschichte und zeigte die Entwicklung der
Beamtenvereinigungen. Vor dem Kriege zerplittert in
Klassen- und Standesvereinigungen, hatten die Beamten
nicht mitzuspochen bei Fragen, die ihr Wohl und Wehe be-
trafen, sie waren Objekte der Gesetzgebung. Erst der Krieg,
der Muster von Organisationsmacht in den Leistungen von
Beet und Volk zeigte, wies den Weg. So entstand in den
letzten Kriegsjahren die Interessengemeinschaft deutscher
Beamten, ebenfalls noch zur Untätigkeit verbannt, bis die
Revolution den Einzelnen auf sich selbst stellte. Mit zwin-
gender Notwendigkeit mußten sich die Beamten zusammen-
schließen in einer Gewerkschaftsorganisation. Alle Verhältnisse
kommen nie wieder; und auch in Zukunft
mag eine Regierungsform kommen, wie sie will, die Gewerks-
chaft ist nicht zu umgehen. Mit dem Gewerkschaftsge-
danken wird man sich ausöhnen müssen, denn der Beamte steht
dem Staat, der Arbeitgeber ist, selbst als Arbeitnehmer ge-
genüber. Die Gewerkschaft hat alle Beamtengruppen zu um-
fassen in vertikaler Organisation, d. h. es bestehen nur
Unterschiede darin, daß im Beamtenbund die Fachverbände
nebeneinander arbeiten, nicht aber dürfen in den Fachver-
bänden Trennungen bestehen bleiben zwischen höheren und
unteren Beamten. Denn es soll einem Jedem möglich sein,
zu den höchsten Stellen emporzusteigen. Bedauerlicher-
weise hat sich der Bund höherer Beamten wieder abgeson-
dert, weil er nicht einverstanden ist mit der Majorisierung
der Minderheiten. Das Majoritätsprinzip besteht aber
man einmal, und man muß sich damit abfinden. Absön-
derungen schwächen die gemeinsame Front des Beamten-
bundes und stellen jeden Erfolg in Frage. Eine Rolle spielt
bei der Haltung der höheren Beamten die Frage des
Streikrechts, die beim Rapp-Rußch akut wurde. Die
Beamtenerschaft streifte, um die Verfassung dem geleiteten
Eide gemäß zu schützen. Und das Streikrecht wird man sich
als Gewerkschaft nicht aus den Händen winden lassen.
Zwei Fälle erfordern seine Anwendung, die gewalttame Be-
rohung der Verfassung und ein gewalttamer Eingriff in
Besoldung und Grundrecht der Beamten, daß ihre Exi-
stenz gefährdet ist. Weiterhin führte der Redner aus, wie
ungerecht die Kritik an der Tätigkeit des Beamtenbundes

sei. Nur derjenige, der alles mit der Parteibrille ansehe
und sich ärgere, wenn nicht gerade seine Richtung vertreten
wird, könne dem Beamtenbund parteipolitische Färbung
vorwerfen. Politischen Parteien völlig fernstehend, wirkt
der Bund nur zum Besten der Beamtenschaft. Großes ist
schon erreicht bei jäher Arbeit, von der Festlegung der Be-
amtengrundrechte in der Weimarer Verfassung bis zur
neuesten Besoldungsordnung. Wenn letztere auch nicht
jeden befriedige (Redner schildert in längeren Ausführun-
gen die Schwierigkeiten bei Verhandlungen mit der Regie-
rung), so solle man bedenken, daß dieses nur ein Teilerfolg
sei. Eins sei für alle weiteren Arbeiten Voraussetzung, daß
alle Beamten hinter dem Bunde stehen und festhalten an
der geschaffenen Organisation. „Vereint sind wir alles, ge-
trennt sind wir nichts.“ Reicher Beifall folgte auf den Vor-
trag des Direktors Remers, und der Umstand, daß keine
Diskussion einsetzte, zeigte das Einverständnis der Teilneh-
mer mit dem Gehörten. Die Worte des Gütervor-
stehers Homburg und des Lehrers Landwehr-
mann bestätigten nochmals den festen Zusammenschluß
im Deutschen Beamtenbund. Nach einem kurzen Schluß-
wort des Redners konnte der Vorsitzende, Telegraphenstef-
tar Werner, die Versammlung schließen.

+ Die Kartoffelversorgung. Der Landwirtschaftliche
Kreiskreis Herford hat in seiner letzten Sitzung folgende
Entscheidung angenommen: Der Landwirtschaftliche Kreiskreis
fordert die Landwirte des Kreises Herford dringend auf, dem Be-
schlusse des Ausschusses des Minden-Ravensbergischen Landw.
Hauptvereins vom 1. September zu entsprechen und zwar in eine
Gemeindebesitz einzutragen die Mengen, die sie für die minderbe-
mittelte Bevölkerung unter Verzicht auf jeden Unternehmengewinn
zum Preise von 20 M je Zentner an ihre Gemeinden liefern wollen.
Diese Menge wird entsprechend dem Beschlusse der Vorstände des
Landwirtschaftlichen Kreiskreises vom 2. August so festgelegt, daß
Anbauer von einem Morgen 15 Zentner, kleinere Anbauer entspre-
chend weniger nach dem Bedarf der Familie, größere Anbauer ent-
sprechend mehr, von 3 Morgen an 20 Zentner je Morgen liefern.
Die Versorgung der eigenen Gemeinde und des eigenen Anlitz reicht
nicht aus; deshalb müssen auch in den Ueberflussemeinden diese
Mengen erreicht werden und die Ueberflüsse müssen dem Kreiskreis
des Hauptvereins entsprechend der Kreisverwaltung zur Verfügung
gestellt werden. Die Bedarfsgemeinden sollen den Ueberfluß in
geöffneter Lieferung abnehmen.

Neue Listen sind deshalb in Umlauf zu setzen unter Mitwir-
kung von Kommissionen der Erzeugern und Verbrauchern. Diese
haben auch die Abgrenzung von Minderbemittelten und die zu ver-
teufende Menge im Zusammenwirken mit dem Vorsteher zu be-
stimmen. Wo in einzelnen Gemeinden niedrigere Preise in Aus-
sicht genommen oder erreichbar sind, namentlich für die Allerbedürf-
tigsten, wird ein solches Entgegenkommen empfohlen.

Entsprechend dem Hauptvereinsbeschlusse vom 1. September
wird darauf hingewiesen, daß es im eigenen, wohlverstandenen
Interesse der Landwirte liegt, dem Kartoffelpreis möglichst niedrig
zu halten, also nicht mehr als 25 M je Zentner für die übrigen
Kartoffeln zu fordern, weil sonst die Wiedereinführung der Zwangs-
wirtschaft — wie bei Hofer — zu befürchten steht.

Dringend gewandt wird zur Abgabe von Speisefartoffeln über
den Stadt- und Landkreis hinaus an Händler und Großverbraucher,
insbesondere Brennereien.

Falls es dem Stadt- oder Landkreis Herford gelingt, zu errei-
chen, daß die im Landkreis Herford auf Reichsvertrag abgeschlosse-
nen Mengen ihnen zugewiesen werden, wird empfohlen, diese Kar-
toffeln zu 25 M für den Zentner abzugeben. Voraussetzung ist, daß
diese Kartoffeln von den Gemeinden, Arbeitgebern oder von anderer
Seite verbilligt werden, so daß sie die Verbraucher 20 M kosten.

g. Der landwirtschaftl. Ortsverein Altkäster Feldmark
wählte vorgestern in sehr gut besuchter Versammlung in
das am hiesigen Amtsgericht einrichtende Pachteinigungs-
amt die Herren Aug. Schürmann, Aug. Berg, Herm. Lait-
kamp und Gustav König als Beisitzer. Um die Ziegenzucht
zu heben und den kleinen Ziegenhaltern entgegenzukommen,
wurde die Errichtung einer Ziegenbank beschlossen. Mit-
geteilt wurde, daß von Vereinswegen wieder Saatkartoffeln
gekauft werden sollen. Mitgeteilt wurde, daß dem
Verein nochmal zum Preise von 6 M pro Zentner angeboten
sei, jedoch nur in vollen Ladungen. Herr Niepe und Herr
Jürgenmann machten dann zum Schluß die Versammlung
mit den Aufgaben und Zielen des Bürgerbundes bekannt.
Auf allgemeinen Wunsch wird Herr Dr. Altfeld im Laufe
des Oktobers einen Vortrag über Bodenbearbeitung halten.
Zum Schluß wurden 3 Stamm Gühner verlost.

h. Freier Marktverkehr in der Markthalle. Die
Markthalle ist seit letzter Woche wieder für den allge-
meinen Marktverkehr freigegeben. Die städt. Verkaufs-
stände sind teilweise abgebrochen, teilweise zusammenge-
stellt. Mit der Freigabe ist einem schon länger ausgesprochenen
Wunsch der Gemüse- und Obsthändler entgegengekommen.
Die ihre Waren nun nicht mehr den Unbilden der Witterung
auszusetzen brauchen. Auch für die Hausfrauen bedeutet
der Verkauf in der Markthalle, zudem bei der vor der Tür
stehenden ungünstigen Jahreszeit, eine große Annehm-
lichkeit.

— Vorverkauf zu den Aufführungen der Konzertgesell-
schaft. Man schreibt uns: Die Konzertgesellschaft wird im
Laufe dieser Woche ihr Winterprogramm veröffentlicht und
zugleich das musikalische Publikum Herfords und
Umgebung zur Abnahme von Dauerkarten auffordern.
Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß der Vorverkauf
in der Woche vom 13. bis 18. September an der Konzert-
kasse im Rathaus (Landtrankentasse) stattfinden wird. Für
Mitglieder der Konzertgesellschaft sowie für diejenigen,
welche Dauerkarten vorher schriftlich beim Vorsitzenden,
Studienrat Dübber, bestellen, werden die Karten bereits
Freitag und Sonnabend (10. und 11. Sept.) an der Konzert-
kasse ausgegeben.

h. Bezirksrat der Klempner und Installateure. Der
Bezirksverband selbständiger Installa-
teure, Klempner usw. von Minden-Ravensberg hielt
gestern im Ratskeller hier seinen diesjährigen Be-
zirksrat ab, der aus allen Ortschaften sehr zahlreich
besetzt war. Ungefähr 80 Personen folgten mit großem
Interesse den Verhandlungen, in denen die wichtigsten das
Handwerk gegenwärtig berührenden Fragen, wie Handwerk
und Sozialisierung, Steuerfragen, Reichsnutzen und Ver-
teilungsfrage eingehend besprochen wurden. Gegen Sozialisie-
rungs- wie namentlich auch Kommunalisierungsbestrebun-
gen wurde scharfster Widerspruch erhoben. Im Hinblick auf

die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage wurde weiter
allgemein die Notwendigkeit anerkannt, den Preisab-
bau nach Kräften zu fördern und durch möglichst niedrig
gestellte Berechnung der Gesehungskosten die Kaufkraft des
Publikums wieder zu heben. — Die Versammlung bewil-
ligte, als Beitrag zum Reichsverband des deutschen Hand-
werks, 500 M und wählte dann den ausgeschiedenen 2. Vor-
sitzenden, Installateur Mehlher-Herford, und den Beisitzer,
Installateur Vott-Bünde, wieder. Die äußerst
anregend verlaufene Tagung schloß erst in den Nachmittags-
stunden, nachdem noch beschlossen worden war, in diesem
Jahre nochmals einen Bezirksrat einzuberufen.

i. Widerwärtiger Austritt. Freitag abend machten sich
drei junge Leute, die stark angetrunken waren, auf
der Kreishausstraße durch ihr Gebahren in unangenehmer
Weise bemerkbar. Der eine von ihnen stürzte mehrfach
nieder. Es ist bedauerlich, daß derartige Vorkommnisse,
die in den letzten Jahren erfreulicherweise fast unbekannt
geworden waren, sich wieder einstellen und zwar in einer
Zeit, in der weite Volkskreise, bis weit in den Mittelstand
hinein, nicht wissen, woher sie die Mittel für die nötigsten
Anschaffungen nehmen sollen.

— Schleswig-Holsteiner-Bund. Morgen, 8 Uhr abends,
trifft sich der Schleswig-Holsteiner-Bund im Hotel „Stadt
Köln“. Einer der Herren wird über seine Abstimmsreise
berichten. Zur Erinnerung an den 14. September, Storms
Geburtsstag, wird der Abend zu einer kleinen Sturm-Gedenk-
feier werden.

Lippische Freistaaten.

b. Detmold, 6. Sept. Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich im
benachbarten Leopoldstal zugetragen. Der Eisenbahnarbeiter Ma-
baum und der Arbeiter Vinnemann waren mit Stubbenpfeilen
beschäftigt. Als ein Schuß verfehlte und beide an dem Sprengkörper
die Urache untersuchen wollten, explodierte dieser. Mabaum
wurde der zerfetzte Kopf vom Rumpfe gerissen, Vinnemann
hielte ein Auge ein und trug andere schwere Verletzungen davon.

b. Detmold, 6. Sept. Die dritte Pferdeauktion des Verbandes
lippischer Pferdezüchter, die am Freitag annähernd 4000 Personen
nach Roshorn führte, war wiederum ein voller Erfolg. Die Preise,
die anfangs gern bezahlt wurden, hielten sich etwas unter der Höhe,
wie sie auf der zweiten Auktion angelegt wurden. So brachten Hol-
steiner Stutfohlen im Durchschnitt 16 000 M. Zwei Pferde gingen
für 51 000 M in den Besitz des früheren Fürsten zur Lippe über.
Ein Viererzug Goldschäfer wurde mit 100 000 M bezahlt, ein schwe-
res holsteiner Reitpferd mit 27 000 M, während der Semmer Wal-
lach „Vulcan“ es auf 24 000 M brachte. Im ganzen wechselten 120
Pferde die Besitzer.

b. Detmold, 6. Sept. Der Verbandstag der Selbstbedienten ge-
staltete sich am letzten Sonnabend zu einer machtvollen Kundgebung
der lippischen Beamtenschaft. Geh. Medizinalrat Dr. Alter wies in
seiner Eröffnungssprache auf die die Beamten bewegenden Tages-
frage hin. Der Vorsitzende des deutschen Beamtenschafts Al-
gel-Berlin sprach über den Werdegang und die Ziele des deutschen
Beamtenschafts. Er forderte zur machtvollen Durchführung der
Beamtenschaftsreform auf, warnte aber davor, den Bogen zu straff
anzuspannen. Geheimrat Falkenberg-Berlin, Mitglied des geschäfts-
führenden Vorstandes im deutschen Beamtenschaft, sprach über die
Besoldungsreform und das Beamtentrecht, dessen völlige Erneuerung
unter Beilegung der Beamten an den Festsetzungen des Beamtent-
rechts er forderte. Der Vorsitzende des Verbandes der Reichseisen-
bahner, Reichstagsabgeordneter Schind, referierte über seinen Ver-
band. Dieser nähme für sich in Anspruch, der Stützpunkt der deut-
schen Beamtenschaft gewesen zu sein. Der Geschäftsführer der
Arbeitgemeinschaft der Landesverbände im deutschen Beamtent-
bunde, Kohnen-Schwerin, besprach Standes- und Organisations-
fragen der Beamten. Er forderte die Beamten auf, nach dem
Grundsatz Treue und Treue zu handeln gegenüber dem deutschen
Volke von oben bis unten. Geheimrat Dr. Alter sprach ein packendes
Schlußwort. Er schloß mit dem Rufe an die Beamtenschaft: Seid
einig, bleibt einig! Einer für alle, alle für einen! Einigkeit macht
stark! — Die Ausführungen der einzelnen Redner waren von leb-
haftesten Zustimmungserklärungen der Zuhörer begleitet.

Kleine Nachrichten. In Hörde wurde eine siebenköpfige
Männer- und Einbrecherbande festgenommen, bei der man Mord-
instrumente, Einbrecherwerkzeuge und ein großes Lager Raubgut
vorfand. — Der Förster von Ahtzup überreichte einen Wilderer
beim Schlingenlegen und konnte ihn erst nach halbstündigem Kampfe
und nachdem er verschiedene Verletzungen davongetragen, unschäd-
lich machen. — In Jfenhagen wurde ein Landwirt, der der
Starkstromleitung zu nahe kam, getötet. Seine Frau und Tochter,
die ihn wegziehen wollten, fielen gleichfalls tot zu Boden. — In
Hamurg wurde einem Kaufmann die Wohnung ausgeplündert
und für 80 000 M Wertachen gestohlen. — Der jugendliche Dieb,
der auf einem Berliner Omnibus einen Kaufmann für 100 000
Mark Schmuckstücken stahl, hat sich im Untersuchungsgefängnis er-
schossen.

Sport.

Fußball. Heute abend 5 Uhr findet auf dem Silberbruch ein
Fußballspiel zwischen der spielstarken Jugendmannschaft des
F. C. Wattenscheid und der 1. Jgd. des F. C. Union 08 e. V. statt.
Es ist ein sehr interessantes Spiel zu erwarten.

Wirtschaftsleben.

Devisenturse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Ausstellungen:	4. Sept.		5. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1593.40	1195.60	1588.40	1591.60
Brüssel-Antwerpen	871.60	872.40	866.60	867.40
Christiania	721.25	725.75	716.75	718.25
Kopenhagen	718.25	719.75	716.75	718.25
Stockholm	939.00	101.00	934.00	1001
Helsingfors	159.00	160.20	169.50	170.20
Italien	281.25	281.75	281.20	281.75
London	178.05	178.45	177.55	177.95
Lyons	50.07 1/2	50.17 1/2	49.75	49.95
Paris	346.65	347.35	345.65	346.35
Schwiz	821.65	823.35	817.65	819.45
Evian	744.25	745.75	741.75	743.25
Wien (Altes)	22.27	22.33	22.27	22.33
do. (Deutsch-Öst. abgegeb.)	22.34 1/2	22.40 1/2	22.27	22.33
Prag	82.02 1/2	82.22 1/2	82.02 1/2	82.22 1/2
Babapest	19.75	19.77	18.88	19.92

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für
den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.

Herford, den 6. September 1920.

Am 4. September, morgens 4 Uhr, entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter, meine herzensgute Schwester, Entelin und Nichte

Hedwig Wolf

im Alter von 22 Jahren und 9 Monaten.

In tiefem Schmerz:
Familie Wolf.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. September, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Eimerstraße 15a, aus statt.

Reichsnachfolger.

Vortrag

des Geschäftsführers des Handwerksamtes Amtmann a. D. Berkmann, am Mittwoch, den 8. September 1920, abends 8 Uhr, im Saale des Ev. Vereinshauses hier.

Die Mitglieder sämtlicher Innungen, des Haus- und Grundbesitzer Vereins sowie sonstige interessierte Kreise werden hierzu freundlichst eingeladen.

Eintrittsgeld für Nichtmitglieder 1,00 Mark.

Herford, den 4. September 1920.

Innungsausschuß Herford.

Stadt. Orchester, Herford

Herr Heinr. Müller, bisher städt. Kapellmeister, ist seines Postens enthoben. Derselbe ist nicht mehr berechtigt, für uns Geschäfte abzuschließen oder Gelder einzukassieren. Evtl. bei Herrn Müller bestellte Geschäfte bitten wir an unsere Geschäftsstelle Gutenbergstr. 5, Fernruf 890, Geschäftsführer Herr C. Dängel, umzubestellen. Herr Gust. Rost hat liebenswürdigerweise die musikalische Leitung vorläufig übernommen.

Der Vorstand des städt. Orchesters.

Um jegliche Verwechselung fernerhin zu vermeiden, gebe ich meiner verehrten Kundschaft zur Kenntnisnahme, daß die Herforder Westfälische Süßrahm-Margarine-, Pflanzenbutter- und Raffinations-Werke

H. Meyer-Lippinghausen
zu Lippinghausen bei Herford,

keineswegs mit der Butterabgabestelle Meyer & Co. zu verwechseln ist. Außerdem bemerke ich, daß meine Firma, wie bisher, auch weiterhin nur Geschäfte beliefert. Absatz an irgendwelchen Zwischenhändler findet nicht statt.

Firma H. Meyer-Lippinghausen,
in Lippinghausen bei Herford.

Versteigerung.

Am Dienstag, d. 7. d. M., vormittags 11 Uhr, versteigere ich auf dem Lagerplatze des Spektors F. R. H. in Herford, Annahr., gemäß § 373 d. G. B.

25,691 cbm 15 mm u. 20,187 cbm 12 mm Fichtenblockware

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Herford, den 3. September 1920.

Wittenburg, Gerichtsvollzieher.

Möbelfabriken

die Ia. Natur-Rüchen oder mittl. Eichen-Schlafzimmer herstellen und in Rheinland und Westfalen noch nicht vertreten sind, werden um Abreise-Angebote gebeten. — Suchender kann feinste Referenzen aufweisen. Angebote unt. H. 11030 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Nach Mitteilung des Heeresabwickelungsamtes Preußen in Berlin häufen sich in letzter Zeit die Nachrichten, daß heimgekehrte Kriegsgefangene wertvolles Material zur Nachforschung nach Vermissten, wie Erkennungsmarken, Soldbücher, Uhren, überhaupt staatliches und privates Eigentum, das bei Umbettungen von Toten in der Kampfhöhle gefunden wurde, behalten haben, um es den Angehörigen direkt zuzustellen. Hierdurch werden den ämtlichen Stellen die unentbehrlichen Unterlagen für ihre Nachforschungsarbeiten entzogen. Da von Seiten der durch Heimkehrer benachrichtigten Angehörigen nur in ganz geringen Fällen eine Meldung an das Zentral-Nachweiseamt erfolgt, so werden die von dort eingeleiteten Nachforschungen oft nutzlos fortgesetzt. Es kommt hinzu, daß dieses den ämtlichen Stellen entzogene Material oft wichtige Aufschlüsse über andere Vermisste geben, aber infolge der Zurückhaltung nicht ausgewertet werden kann.

Nur noch 3 Tage!

Circus Malve

Herford (Lübberruch).

Publikum und Presse sind sich darüber einig, dass etwas Gleichwertiges wie der Spielplan des Circus Malve hier noch nicht geboten wurde.

Heute Montag, den 6. September:

Ein Abend des Humors!

Dienstag, den 7. September:

Grosse Sport-Vorstellung!

Vorverkauf im Zigarrengeschäft von Ohlig & Montz, Gehrenberg 20.

Brennholz

prima Buche, auch Mischholz, (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde trockene Ware, Ofenlänge 60 cm, schnitten, jede Menge vorrätig.

Buchenscheitholz

für Bäcker, anerkannt beste Qualität.

Heiztorf

schwere, schwarze und schwarzbraune Ware, das Beste vom Besten, alles zu billigen Preisen bieten an.

H. Witte & Co., Herford

Fernsprecher 488. Diebenerstr. 8.

Pelzwaren

Erstklassige Erzeugnisse eigener Herstellung!

Umarbeitungen

empfehlen wir jetzt bei uns in Auftrag zu geben.

Billigste Preisberechnung.

D. Backhaus

Herford, Gehrenberg. Telefon 575.

Bielefeld, Oberstr., Ecke Neustädterstr.

Telefon 1708. Gegründet 1881.

Achtung! Achtung!

Meiner verehrten Kundschaft zur gefl. Nachricht, daß von heute an keine

ganze Portion Eis 1 Mark
halbe Portion Eis 50 Pfg.

kostet.

Hochachtungsvoll

Anton Zotti.

Als Ersatz für Steintöpfe haben wir noch einige Ladungen

rheinische Rohbraunkohlen

noch Marken- und Bezugsscheinfrei abzugeben.

Wilh. Stranghöner Nachf.,

Kohlenhandlung, Fernruf 647.

Alle Heimgekehrten, die noch im Besitze von Vermissten-

Material sind, werden hiermit aufgefordert, alles vorhandene Material dem Zentralnachweiseamt für Kriegsverluste und Kriegergräber in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, einzusenden. Zugleich werden diejenigen Familien, die durch zurückgekehrte Kriegsgefangene über das Schicksal ihrer Angehörigen benachrichtigt worden sind, aufgefordert, dies unverzüglich dem Zentralnachweiseamt zur Berücksichtigung der Vermisstenlisten und etwaiger Einstellung weiterer Nachrichten anzugeben.

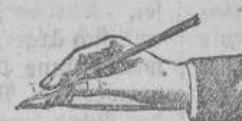
Herford, den 3. September 1920.

Hilfsausschuß für ehemalige Kriegsgefangene
Herford-Stadt.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden folgendes bestimmt:

§ 1. Sperrbezirke bilden folgende Gebiete:



Am 6. Oktober beginnen in meiner laudm. Privatschule in Herford

die neuen Kurse.

1. Halbjahreskursus f. Damen und Herren.
2. Kurse für Söhne u. Töchter von Landwirten.
3. Gruppenkurse für Personen mit höherer Schulbildung.
4. Besondere Kurse in Rechnen, Deutsch, Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschreiben, einfacher, dopp. Italien., und dopp. amerikan. Buchführung, Wechsel- u. Scheidungsverf.

Ausführl. Auskunft kostenlos. Tages- und Abend-Unterricht.

Dipl. Kaufmann

Albert Oltwald,

beerd. Bücherrevisor.

Musikverein.

Damen 5 Uhr pünktlich.

Grasverkauf!

Die Brauerei zum Felseneller läßt nächsten Donnerstag, den 9. d. M., mittags 1 Uhr anfangend den 2. Schnitt Gras in ihren Füllendraschweien meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Herford, den 4. Sept. 1920.

Karl Kramer.

Buchhalter

und Kassierer von größerem industriellen Wert zu sofort oder 1. Oktober gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unt. Nr. 11029 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Zeitungsverlag

sucht für Herford tüchtigen, erfahrenen

Platzvertreter

für Anzeigenwerbung. Fachleute mit guten Verbindungen bevorzugt. Angebote unter Nr. 11029 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Müßige Warenagentur Döberburg sucht noch einige Vertretungen für leistungsfähige Häuser.

Carl Grube, Agentur- und Kommission Döberburg i. Oldb. Jacobstr. 6.

Asthma

kann geheilt werden. Sprechst. in Bielefeld, Feilenstraße 2 jeden Freitag von 10-1 Uhr.

Dr. med. Alberts, Spezialarzt, Berlin SW. 11.

Es peinigt Sie

und läßt Ihnen keine Ruhe, besonders nachts, füt Sie Hautjucken, Krätze, verschwindet aber innerhalb 2 Tagen nach dem Gebrauch m. Spezialpräparates Nr. 10 M. 8.25, zur Unterstüßung dem m. Spezialtee Nr. 3 Pat. M. 5.—, 3 Pat. M. 13.50.

Offene Beine Krampfadern- geschwüre u. m. befeuchtet m. „Mutter Oberin“ Krieger-Bun- daren M. 6.75 und 9.75.

Sämtl. Präparate nur echt geg. Nachn. zuzüglich Porto u. Ver- packung, vom

Laborat. Löwenhof 22

Dortmund 100.

Damast-Papierservietten
in allerfeinster Ausführung, weiss und bunt, für Privat- haushaltungen und Hotels
hat abzugeben
Buchdruckerei Fr. Kuhle.
Fernsprecher 83.

Erhielt eine Ladung prima
Saugfohlen
welche ich bestens empfehle
Wilhelm Blomberg.
Herford Fernsprecher 532 Credenstraße 10

Eine führende alte Weingrosshandlung Triers sucht für den dortigen Platz und Umgebung gut eingeführten, fachkundigen
Vertreter
Nur vertrauenswürdige, verheiratete Herren mit besten Empfehlungen wollen sich mit eingehenden Bewerbungsschreiben melden unter K. T. 463 an Rudolf Mosse, Trier.

PELZE
Umarbeitungen bitte schon jetzt vornehmen zu lassen. Grosse Auswahl in allen gangbaren Fell- Arten zu günstigen Preisen.
Schicke Pelzhüte billig
Pelz- Etagegeschäft
H. BÜTTNER,
Bielefeld, Bahnhofstr. 2, I. Etg.
Eingang am Kino.

Eine Werbekraft
besitzt eine geschmackvolle Drucksache. Sie wird vom Empfänger nicht, wie die anderen, dem Papierkorb anvertraut, sondern wandert in die Sammelmappe für Werbesachen. Damit ist aber der Zweck erreicht, denn eine Bestellung erfolgt dann sicher. Vornehm gehaltene Drucksachen fertigt als Spezialität die Buch- druckerei **Fr. Kuhle**, Rennstr. 29/31.
— Fernruf 83 und 151. —

1 Damen-Uhr und 1 Paar Herren- Schnürschuhe
(Größe 44)
preiswert zu verkaufen.
Benterweg 47.
Zu verkaufen:
1 Ziege, 6 Ferkeln, Hühner, Kühen, 1 Hobelbank sowie 1 amerikan. Schiefshobel
Gust Kröger
bei Wahl, Lützenstraße 2.
Fast neue
Waschmaschine
wegen Platzmangel zu verkaufen. Wo, liegt die Geschäftsstelle d. Ztg. unter Nr. 11035.

Großer politischer Nachrichten dienst
Dossische Zeitung
Berlin
Ab 1. Juli monatl. 14.— M. bei allen Postanstalten und beim Verlag H. H. H. & Co., Berlin SW. 68

- a) in der Gemeinde Oettinghausen: Kolon Niederrheinmann Nr. 13;
 - b) in der Gemeinde Velfe-Steinbeck: Landwirt Meier, Steinbeck Nr. 6;
 - c) in der Gemeinde Ostfild: Gut Waghörst;
 - d) in der Gemeinde Hüffen: Vorsteher Schmidt Nr. 2;
 - e) in der Gemeinde Söhsfeld: Kolon Krümme, Depenbrock Nr. 11;
 - f) in der Gemeinde Waldorf: Kolon Begemann, Waldorf Nr. 31; Kolon Hoberg, Waldorf Nr. 9; Kolon Wiebels, Waldorf-Ost Nr. 23; Kolon Wiebels, Steinbrunn Nr. 11; Kolon Grotegut, Wehrendorf Nr. 6;
 - g) in der Gemeinde Egter: Kolon Obermow, Solterwisch Nr. 17; Wwe. Niederröte, Solterwisch Nr. 56;
 - h) in der Gemeinde Ennigloh: Landwirt Gaspelher, Geringhausen Nr. 1.
- § 2. Auf die Sperrgebiete finden die Vorschriften der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Ministers vom 1. Mai 1912 B. M. B. G. Anwendung.
Herford, den 30. August 1920. Der Landrat.